

Analyse zum bevorstehenden Prozess gegen Pierin Vincenz

Auch für «Promis» gilt die Unschuldsvermutung

Es kommt in der Schweiz nur selten vor, dass prominente Wirtschaftsführer strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Sogar noch seltener sind gerichtliche Verurteilungen – die kann man an einer Hand abzählen. Meist geht es bei Skandalen im Wirtschaftsleben weniger um persönliche Bereicherungen als um Fähigkeiten (oder um Unfähigkeiten) von Managern. Ein wirtschaftliches Versagen stellt indes kein Strafdelikt dar, und wäre ökonomische Ignoranz strafbar, wären die Gefängnisse überfüllt.

Oft stimmen das Vorgehen von Strafverfolgungsbehörden oder die Urteile von Strafgerichten mit der «Volksmeinung» nicht überein. Kaum jemand wollte etwa verstehen, weshalb sämtliche Verwaltungsräte der Swissair, darunter Wirtschafts- und Politprominenz, nach deren Ende im Jahr 2001 freigesprochen wurden. Ebenso wenig Verständnis gab es dafür, dass nach der staatlichen Rettung der UBS im Jahr 2008 keine Strafverfahren eingeleitet wurden.

Bei den wenigen strafrechtlichen Verurteilungen wurde den Angeklagten in aller Regel vorgeworfen, sich illegal – beispielsweise durch Insidergeschäfte oder durch Betrug – bereichert zu haben. Beispiele sind die Urteile gegen Hans Ziegler, den «Sanierer der Nation», im Jahr 2021 sowie Ende der 1990er-Jahre gegen Werner K. Rey.

Wirtschaftskriminalität stellt ein beliebtes Thema für Medien dar, denn das Publikumsinteresse erweist sich als hoch, sofern drei Voraussetzungen erfüllt sind: erstens eine «Prominenz» der Parteien; zweitens ein «Aufregerthema» als vorgeworfenes Verhalten; drittens ein Totalabsturz – sei es für den Angeklagten (z. B. ein

Oft stimmen das Vorgehen von Strafverfolgungsbehörden oder die Urteile von Strafgerichten mit der «Volksmeinung» nicht überein.

Freiheitsentzug) oder für die Staatsanwaltschaft (Beispiel: ein Freispruch) – als reale, nicht bloss als theoretische Möglichkeit. Diese drei Elemente liegen auch vor beim Strafverfahren gegen Pierin Vincenz (und sechs weitere Beschuldigte), das am 25. Januar 2022 vor dem Bezirksgericht Zürich beginnt.

Im Wesentlichen werden Vermögensdelikte vorgeworfen, etwa zu Lasten von Raiffeisen. Es geht, etwas vereinfacht, einerseits um Unternehmenskäufe, an denen teils Personen auf beiden Seiten mitwirkten, sowie andererseits um Spesen zu möglicherweise privaten Zwecken (die letztere Thematik weckt starkes Interesse gemäss dem Motto: «Sex sells»). Die Anklageschrift macht auf 356 Seiten heftige Vorwürfe: gewerbmässiger Betrug, Veruntreuung, Urkundenfälschung etc. Der Strafantrag der Staatsanwaltschaft lautet: Freiheitsstrafe von sechs Jahren sowie Vermögensabschöpfung von 9 Millionen Franken.

Die Risiken sind für alle Seiten enorm: Pierin Vincenz droht ein mehrjähriger Freiheitsentzug, der im Gefängnis vollzogen würde, ohne

«Bewährung», und die Staatsanwaltschaft III des Kantons Zürich riskiert nach einer intensiven Untersuchung bei einem Freispruch eine professionelle Blamage und allenfalls Haftungsforderungen. Dass bei Raiffeisen als Privatklägerin ihre Reputation – einmal mehr – zum Thema wird, sei nur am Rand erwähnt.

Die Herausforderungen für die Staatsanwaltschaft erscheinen mir grösser als in einigen Medien vermutet. Beispielsweise führen moralische Vorwürfe (Stichwort: Ausgaben im «Rotlichtmilieu») nicht automatisch zu einer Strafbarkeit, und Verletzungen von zivilrechtlichen Pflichten (z. B. Interessenkonflikte) sind nicht ohne weiteres als strafbar zu qualifizieren.

Der Ausgang des Strafverfahrens gegen Pierin Vincenz scheint mir völlig offen – mit gutem Grund. Die Anklageschrift stellt rechtlich einzig Behauptungen auf und nicht mehr, das heisst die Staatsanwaltschaft muss alles beweisen (können). Die Angeklagten haben insbesondere keine Pflicht, den Beweis ihrer Unschuld zu erbringen. Die mediale Berichterstattung sollte sich nach meiner Einschätzung etwas zurückhaltender zeigen: Die Unschuldsvermutung gilt auch für «Promis» – dies gehört zur Schweiz als Rechtsstaat.



Peter V. Kunz

Der Autor ist Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern und Ordinarius für Wirtschaftsrecht und für Rechtsvergleichung.

Entschlossenheit zu zweifeln. Deshalb sollten die Worte des schwedischen Verteidigungsministers Peter Hultqvist, der jüngst eigene Soldaten und Panzer in die grenznahen Gebiete zu Russland entsandte, uns allen eine Warnung sein. Hultqvist sagte: «Wir dürfen jetzt nicht naiv sein. Wir dürfen jetzt nicht schlafen.»



Samuel Schumacher
samuel.schumacher@chmedia.ch

Kommentar

Moskau hat Angst

Wladimir Putin fürchtet sich. Kaum vor den Waffenlieferungen, die einige Nato-Länder der Ukraine versprochen haben. Ein bisschen vielleicht vor den Wirtschaftssanktionen, mit denen der Westen auf einen Einmarsch in Kiew reagieren würde. Primär aber vor der Demokratie. Die hat sich – wie zuvor schon in anderen Ex-Sowjet-Satelliten – zuletzt auch in der Ukraine zügig eingenistet. Noch leuchtet sie im 44-Millionen-Staat nicht in voller Blüte. Und doch zeigt sich im Land vor den russischen Toren beispielhaft, wie sich ein Staat von autokratischen Strukturen lösen kann. Das passt gar nicht in die Herrschaftspläne des

Manns in Moskau. Was, wenn die Russen plötzlich auch Gefallen fänden an freien Wahlen? Das käme dem 69-jährigen gar nicht gelegen.

Also erzählt er die Mär von der aggressiven Nato, die sein Land umzingle. Um diese «Aggression» abzuwenden, droht er mit dem Einmarsch in die Ukraine. Seine sowjetischen Vorbilder im Kalten Krieg liessen 1961 noch einen «antifaschistischen Schutzwall» rund um die DDR ziehen, um deren Bürger vor den vermeintlich bösen Kapitalisten im Westen zu schützen. Doch statt Mauern zu bauen, bläst Putin jetzt zum Angriff. Es gibt wenig Grund, an seiner

Erst unterschätzt

Die Taskforce ging im Dezember nicht von einer derart schnellen Verbreitung von Omikron aus. Doch nun stabilisieren sich die Fallzahlen bei 30 000 pro Tag. Diese täuschen indes wegen der steigenden Dunkelziffer: Realistischer sind 100 000 Ansteckungen.

Bruno Knellwolf und Patrik Müller

Die Wissenschaftstaskforce wagte sich vor Weihnachten auf die Äste hinaus. Sie teilte mit, dass die Neuinfektionen in drei Wochen auf 25 000 pro Tag ansteigen könnten. Das klang nach einer Schockzahl.

Hatte die Taskforce übertrieben, auf Alarmismus gemacht? Ganz im Gegenteil, wie sich bald zeigen sollte. Die Infektionszahlen sprengten schon zehn Tage nach der Ankündigung der Taskforce – und nicht erst in drei Wochen – die Marke von 30 000 Fällen.

Indem es das Tempo unterschätzte, befand sich das Beratergremium des Bundesrats in guter Gesellschaft. In anderen Ländern wurden Epidemiologen ebenso überrascht.

Doch seit Anfang Januar zeigt sich wieder ein überraschendes Phänomen: Die Zahlen stabilisierten sich auf dem Niveau von 28 000 bis 35 000 pro Tag. Die bisherigen Höchstwerte datieren vom 4. und vom 10. Januar (es waren 33 438 bzw. 34 560 Fälle). Gestern meldete das BAG 29 142 Infektionen.

Vordergründig ist die viel zitierte «Monsterwelle» also ausgeblieben. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hatte in einem Papier an die Kantone letzte Woche gewarnt, dass 10 bis 15 Prozent der arbeitstätigen Bevölkerung gleichzeitig erkranken könnten. Eine «Super-Infektionswoche» schien bevorzustehen. Wann sie kommen sollte, sagte das BAG nicht. Die Taskforce liess sich auch hier wieder auf die Äste heraus: in zwei oder drei Wochen. Also Ende Januar oder Anfang Februar.

Im Moment ist allerdings in den Zahlen keine solche Entwicklung zu erkennen. Die Kurve des Sieben-Tage-Schnitts ist seit dem 9. Januar eine waagrechte Linie. Sprich: Stabil auf hohem Niveau.

Nun ist natürlich möglich, dass die «Super-Infektionswoche» tatsächlich noch kommt, mit dem Risiko des riesigen Personalausfalls, den das BAG befürchtet. Es kann aber auch sein, dass

wegen der mittlerweile hohen Immunsierung – rund 80 Prozent der Erwachsenen sind geimpft, ein weiterer Teil genesen – Omikron nicht derart durchbricht wie befürchtet.

Oder aber, und das ist die dritte Möglichkeit: Wir stecken schon mitten in der Phase der «Superinfektion», nur widerspiegelt sich dies nicht in den offiziell ausgewiesenen Zahlen. Je nach Dunkelziffer könnten die Infektionszahlen in Wahrheit drei-, vier- oder auch fünfmal so hoch liegen wie vom BAG publiziert.

Fast jeder zweite Coronatest ist inzwischen positiv

Ein Hinweis darauf, dass das Ausmass der nicht registrierten Infektionen gigantisch sein könnte, ist die hohe Positivitätsrate bei den Tests. War vor Weihnachten, also vor der Omikron-Flut, nur jeder fünfte oder sechste Test positiv, so beträgt der aktuelle Wert 46 Prozent bei den PCR-Tests. Mit anderen Worten: Jeder Zweite, der einen Test macht, ist infiziert.

Diese hohe Positivitätsrate ist ein Zeichen für eine hohe Dunkelziffer an Infektionen. Sowohl der Epidemiologe Marcel Tanner wie auch der Chef der Impfkommision, Christoph Berger, halten es für realistisch, dass die Dunkelziffer Faktor drei beträgt. Das würde bei 30 000 registrierten Fällen also effektiv 90 000 Infektionen pro Tag bedeuten. Beim Faktor vier, von dem in anderen Ländern die Rede ist, wären es 120 000.

Zwar wird zurzeit so viel getestet wie noch nie. Trotzdem sagt Berger, Infektiologe am Universitätskinderhospital Zürich: «Ich bin nicht sicher, ob die Leute wirklich noch alle zum Test gehen. Es wird wohl weniger konsequent getestet.» Womöglich verzichtet der eine oder andere etwa bei einem Schnupfen auf den Test, um nicht in Quarantäne gehen zu müssen.

Zu jenen Menschen mit leichten Symptomen kommt noch die grosse Zahl an asymptomatischen Omikron-

Der Weg in die Endemie ist vorgespurt

Impfchef Christoph Berger erklärt, was es jetzt noch braucht, damit die Pandemie zu einer Endemie wird.

Bruno Knellwolf

Alle sprechen über ein Ende der Pandemie und einen Übergang zur Endemie. Was heisst das?

Christoph Berger: Es gibt eine Epidemie, eine Pandemie und einen endemischen Zustand. Eine Epidemie sieht man zum Beispiel bei den Grippewellen, in einer Grippezeit. Die kommt immer wieder und befällt viele Menschen. Die Leute sind nicht total geschützt, deshalb verbreitet sich das Influenzavirus zeitlich und örtlich begrenzt. Bei der Pandemie ist der Verlauf gleich, aber

die Bevölkerung hat noch gar keinen Schutz gegenüber dem neuen Erreger, deshalb es betrifft es alle. Bei der Endemie treten die Fälle dann fortwährend in einer Region oder Gruppe auf.

Epidemiologen wie Marcel Tanner sehen einen möglichen Übergang in eine Endemie in zwei Monaten. Das ist eine realistische Perspektive. So sieht man ein Ende des Tunnels.

Wie wird eine Endemie möglich? Um aus der Pandemie zu kommen, brauchen wir einen grossen Teil der Be-